

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum

9. Plenartagung der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum vom 11. bis 12. April 2013 in Brüssel

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Teilnehmer	1
II Ablauf der Tagung	1
III Sitzungen der Fachausschüsse	1
IV Plenarsitzung	2
V Empfehlungen	3
VI Anlagen	5

I Teilnehmer

Die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) war auf der Plenartagung in Brüssel durch den Delegationsleiter, Abgeordneter **Roderich Kiesewetter** (CDU/CSU), und den stellvertretenden Delegationsleiter, Abgeordneter **Heinz-Joachim Barchmann** (SPD), vertreten.

II Ablauf der Tagung

Am 11. April 2013 tagten die Fachausschüsse. Das Plenum kam unter Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz, am 12. April 2013 zusammen.

III Sitzungen der Fachausschüsse

Die fünf Fachausschüsse debattierten und verabschiedeten in ihren Sitzungen am 11. April 2013 je einen Empfehlungsentwurf. Bei der Abfassung der Empfehlungsentwürfe folgten die Ausschüsse der Maßgabe der PV-UfM-Präsidentschaft, diese auf wenige Themen zu fokussieren und kurz zu fassen, um den Ergebnissen der Versammlung eine stärkere Schlagkraft zu verleihen.

Der **Ausschuss für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte** verabschiedete einen Empfehlungsentwurf zum Thema „Unterstützung für die Gesellschaften und Parlamente von Ländern, in denen ein demokratischer Wandel stattfindet“. Im Mittelpunkt stand eine ausführliche Debatte über die Behandlung des Nahostkonfliktes. Änderungsanträge, die darauf abzielten, allein an die israelische Seite zu appellieren, konfrontative Maßnahmen einzustellen, wurden von deutscher Seite, unterstützt durch die dänische, schwedische und kroatische Delegation, abgelehnt. Eine einseitige Verurteilung, so der deutsche Delegationsleiter, **Roderich Kiesewetter** (CDU/CSU), berge die Gefahr, der Sichtweise der abwesenden israelischen Delegation nicht gerecht zu werden. Die nachfolgende Diskussion über eine ausgewogenere Formulierung mündete in einen Kompromiss, der beide Konfliktparteien auffordert, völkerrechtswidrige Handlungen einzustellen.

Der **Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzfragen, soziale Angelegenheiten und Bildung** verabschiedete einen Empfehlungsentwurf zu den Themen „Entwicklung von Unternehmens- und Investitionsmöglichkeiten im Mittelmeerraum, Verbesserung der Unternehmensmobilität zwischen den Ländern der PV-UfM, Schaffung eines Finanzinstrumentes für den euromediterranen Raum“. Ein deutscher Änderungsantrag, der darauf abzielte, ein Sonderfinanzinstrument für die Region einzurichten, um koordinierter und rascher auf die Bedürfnisse der Mittelmeerländer zu reagieren und zum derzeitigen Wandel und Demokratisierungsprozess beizutragen, wurde vom Ausschuss angenommen.

Der **Ausschuss für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften und Kultur** einigte sich auf einen Empfehlungsentwurf, der konkrete Ziele zur Förderung der kulturellen Integration in der Region formuliert: Organisation eines Seminars über die Kultur des Mittelmeerraums unter Beteiligung von Experten, Historikern, Sprach- und Kulturwissenschaftlern, Errichtung einer Schule für Journalismus an der euromediterranen Universität und Gründung eines euromediterranen Fernsehsenders. Diskutiert wurden auch Maßnahmen zum besseren Erwerb der Sprachen im Mittelmeerraum und Fördermöglichkeiten eines euromediterranen Wissenschaftsraumes. Mehrfach betont wurde das Erfordernis von VISA-Erleichterungen zur Umsetzung dieser Vorhaben.

Der **Ausschuss für die Rechte der Frauen in den Ländern des Mittelmeerraums** einigte sich auf einen Empfehlungsentwurf zum Thema „Die Rolle der Frau in den neuen Regierungsstrukturen“. Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass Frauen einerseits Opfer gewaltsamer Auseinandersetzungen bzw. von Besetzung seien und andererseits an den politischen Umwälzungen im Mittelmeerraum kaum partizipierten. Der Empfehlungsentwurf spricht sich deshalb für Quotenregelungen in Parlamenten, politischen Parteien und Verwaltungen aus, deren Nichteinhaltung mit Sanktionen unterlegt werden sollten. Eine Erklärung zur Solidarisierung mit den griechischen Frauen, die in besonderer Form unter den Krisen im Land leiden würden, fand nach längerer Diskussion keine Mehrheit.

Der **Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser** verabschiedete einen Empfehlungsentwurf zu den Themen erneuerbare Energiequellen, Öko-Städte, Meeres-Unterwasserparks und „Let's do it“-Kampagne. Der estnische Unternehmer **Rainer Nõlvak** stellte die von ihm mit organisierte „Let's do it“-Kampagne vor. Ziel sei gewesen, an nur einem Tag mit Hilfe von Freiwilligen die Küsten des Mittelmeeres zu reinigen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter **Stefan Schennach** (Österreich), wies darauf hin, dass aus dem erfolgreichen Projekt, an dem Freiwillige aus 96 Ländern teilgenommen hätten, ein breites Netzwerk und zahlreiche weitere Initiativen erwachsen seien. Bürgermeister aus Frankreich, Griechenland, dem Libanon und Slowenien berichteten über Fortschritte und Herausforderungen des „Öko-Städte“-Projektes. Der Vorsitzende der Versammlung und Präsident des Europäischen Parlamentes, **Martin Schulz**, dankte den Teilnehmenden ausdrücklich für ihr Engagement. Erörtert wurden auch sogenannte Wasserparks, Ruhezone im Mittelmeer zwischen Italien und Tunesien sowie zwischen Algerien und Spanien. Ausgewiesene Meeresschutzgebiete würden bereits professionell verwaltet. Die größte Herausforderung sei gegenwärtig eine ausreichende Finanzierung zu akquirieren.

IV Plenarsitzung

Die Plenarsitzung fand am 12. April 2013 unter Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, **Martin Schulz**, statt.

In seiner einführenden Rede bezeichnete Parlamentspräsident **Martin Schulz** die Kooperation in der Mittelmeerregion angesichts der Krisen beidseits des Mittelmeers als erforderlicher denn je. Er knüpfte damit an die Ergebnisse des Gipfels der Parlamentspräsidenten der Mitgliedsparlamente der Union für den Mittelmeerraum in Marseille am 7. April 2013 an. Er sprach sich für eine Abwendung von der reinen Austeritätspolitik hin zu wachstumsorientierten Investitionsprojekten und für das Ziel aus, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und

einen prosperierenden euromediterranen Raum zu schaffen. Er ermutigte die Abgeordneten, Delegationen nach Barcelona zu entsenden und unmittelbar mit dem Sekretariat der UfM in Austausch zu treten. Vom Präsidium sei eine Kontaktperson ernannt worden, die beauftragt sei, die Verbindungen zwischen der Versammlung und Barcelona zu gewährleisten. Die Versammlung habe bei der Umsetzung der Projekte und Ideen eine wichtige Katalysatorfunktion zwischen den Akteuren der Region. Er habe deshalb die Vorsitzenden der Ausschüsse aufgefordert, die Schwerpunkte der Ausschüsse stärker auf die Projekte der UfM auszurichten. Der Präsident begrüßte die Delegation der Föderation Bosnien und Herzegowina als neues Mitglied der PV-UfM und die Organisation ARLEM (Euro-Mediterranean Regional and Local Assemby) als Beobachter der Versammlung.

Die **erste Aussprache** hatte die **Ergebnisse des vorausgegangenen Gipfeltreffens der Präsidenten der PV-UfM am 7. April 2013 in Marseille**, insbesondere das Thema „Zeit für Mobilität und Bürgerschaft“, zum Gegenstand. Der Präsident der Anna Lindh Stiftung, **André Azoulay**, zog eine positive Bilanz des ersten Treffens im Rahmen der PV-UfM, bei dem der gemeinsame Wille zum kulturellen Austausch und zur Zusammenarbeit bekräftigt worden sei. Er sprach sich für die Initiative des „Bruno Kreisky Forums“ aus, eine „Euromed Akademie“ aufzubauen. Der Sonderbeauftragte der französischen Regierung für den Mittelmeerraum und Berichterstatter des Forums lokaler und regionaler Autoritäten des Mittelmeerraums, **Michel Vauzelle**, berichtete über das der Präsidentenkonferenz vorausgegangene Anna-Lindh-Forum, an dem tausende von Teilnehmern aus 44 Ländern partizipiert hätten. Er sprach von der „Mittelmeerbürgergesellschaft“, eine Schicksalsgemeinschaft über Länder und Kontinente hinweg, die sich viele Probleme teile, wie etwa eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Mit der Konferenz sei ein starkes Signal für die Einbindung der regionalen Ebene ausgesprochen worden. In der Debatte standen Themen wie die Forderung nach mehr legaler Mobilität im Mittelmeerraum, die Stärkung der Beteiligung von Frauen an den politischen Umwälzungsprozessen im arabischen Raum und die gemeinsame Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, im Mittelpunkt.

Eine **weitere Aussprache** widmete sich dem **aktuellen Implementierungs- und Planungsstand der UfM-Projekte**. Botschafter **Dr. Oklah Al-Zou'bi** erklärte als Vertreter des jordanischen Außenministeriums und der jordanischen Ko-Präsidentschaft, dass Jordanien die weitere Umsetzung der UfM-Projekte unterstützen werde. Jordanien sehe folgende Prioritäten seiner Präsidentschaft: Die Erleichterung der Freizügigkeit in der Region, Frieden im Nahen Osten auf der Basis der Zwei-Staaten-Lösung und eine Lösung der Syrien-Krise sowie eine finanzielle Unterstützung für die Nachbarn Syriens zur Versorgung von Flüchtlingen. Botschafterin **Delphine Borione**, stellvertretende Generalsekretärin der UfM, zuständig für soziale und zivile Angelegenheiten, erläuterte den basisdemokratischen Ansatz, der für den Erfolg der Projekte alle Vertreter in die Verantwortung nehme. Zahlreiche Projekte, wie etwa „Frauen im Handel“ oder Beschäftigungsprojekte in der Wasserwirtschaft wiesen eine gesicherte Finanzierung auf, weitere Projekte benötigten noch finanzielle Unterstützung. Als Beispiel führte sie eine Entsalzungsfabrik in Palästina an. Für eine noch bessere Umsetzung bedürfe es vor allem auch der Mitwirkung von Entscheidungsträgern nationaler Parlamente und der damit einhergehenden demokratischen Legitimation. In der abschließenden Generaldebatte sprachen sich zahlreiche Delegierte für konkrete Projektarbeit und eine fokussierte Strategie der UfM aus, wobei die Ziele Mobilitätssteigerung, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Ausgleich im Nahostkonflikt im Mittelpunkt standen.

Entsprechend der festgelegten Rotationsordnung ging die Präsidentschaft am Ende der Plenarsitzung auf den Präsidenten des Jordanischen Parlamentes, **Sa'ad Hail al-Sourour**, über.

V Empfehlungen

Die Empfehlungsentwürfe aus den fünf Fachausschüssen der Versammlung wurden von den Vorsitzenden der Ausschüsse vorgestellt und ohne weitere Änderungen vom Plenum der Versammlung verabschiedet.

Der Empfehlung des Ausschusses für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte war eine Diskussion um die richtige Textfassung vorausgegangen. Zwar entsprach die ausgelegte überarbeitete Fassung der Empfehlung der im Ausschuss als Kompromiss gefundenen Formulierung. Die Ausschussvorsitzende, Abgeordnete **Tokia Saïfi** (Europäisches Parlament), kritisierte jedoch, dies sei nicht das Ergebnis des Konsenses gewesen und forderte die Streichung des Halbsatzes „*all hostile attacks by either side, including rocket attacks against Israel and air raids*“, der von der deutschen Delegation in den Kompromiss mit eingebracht worden war. Abgeordneter **Heinz-Joachim Barchmann** (SPD) widersprach deshalb der Streichung und bat um Abstimmung des Textes. Präsident Martin Schulz ließ daraufhin über den schriftlich vorgelegten Text abstimmen, der mehrheitlich angenommen wurde.

Die **Arbeitsgruppe zur Finanzierung und Überarbeitung der Geschäftsordnung** legte einen beitragsfinanzierten Haushalt der Versammlung für 2013 vor, der ohne Debatte verabschiedet wurde. Danach tritt 2013 erstmalig ein gemeinsamer Haushalt der PV-UfM in Kraft. 26 Mitgliedsparlamente, darunter Deutschland, hatten sich im Vorfeld dazu bereit erklärt, einen Beitrag zu einem Haushalt von insgesamt 465.383 Euro zu leisten (Deutscher Beitrag 28.940 Euro). Weiterhin lag ein Antrag der Arbeitsgruppe zur Änderung der Geschäftsordnung vor. Dieser beinhaltet einen neuen Schlüssel zur Verteilung der 280 Sitze der Versammlung unter Berücksichtigung der neuerlichen Beitritte und Verfahrensregelungen zur Ausschussmitgliedschaft, wonach Doppelmitgliedschaften nicht mehr zugelassen sein sollen. Die Änderungen wurden einstimmig angenommen.

Berlin, den 2. August 2017

Roderich Kiesewetter, MdB
Leiter der Delegation

Anlagen

**EMPFEHLUNGEN
des Ausschusses für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte****Unterstützung für die Gesellschaften und Parlamente von Ländern, in denen ein demokratischer Wandel stattfindet**

vorgelegt von Tokia Saifi, Vorsitzende

Der Ausschuss für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte

1. ist der Ansicht, dass demokratisch gewählte Parlamente die Verantwortung haben, den Bestrebungen der Bürger in Bezug auf ein Leben in Würde, in einem Rechtsstaat, der ihre Freiheit und ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte garantiert, gerecht zu werden; alle Bürger sollten sich der gleichen gesellschaftlichen Würde erfreuen und vor dem Gesetz gleich sein, ohne Unterscheidung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, Sprache, Religion, politischen Meinung oder persönlicher oder gesellschaftlicher Umstände. Es ist die Pflicht dieser demokratisch gewählten Parlamente, die wirtschaftlichen oder sozialen Hindernisse zu beseitigen, die die Freiheit und Gleichheit der Bürger einschränken und auf diese Weise die vollständige Entwicklung des Menschen und die effektive Beteiligung aller Arbeitnehmer an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation der Länder behindern;
2. ist der Auffassung, dass der im südlichen und östlichen Mittelmeerraum stattfindende demokratische Wandel eine historische Gelegenheit dafür bietet, die staatliche Politik wieder in Einklang mit den Bedürfnissen der Menschen zu bringen, indem er den Forderungen nach sozialem Frieden und Wettbewerbsfähigkeit entspricht; zu diesem Zweck werden die Parlamente dazu aufgefordert, einen gesetzlichen Rahmen zu entwickeln, der es der Zivilgesellschaft ermöglicht, ihre Rolle als Partner bei der Regierungsführung umfassend wahrzunehmen; er begrüßt diesbezüglich die begleitende Veranstaltung des Mittelmeerforums der Anna-Lindh-Siftung und das Gipfeltreffen der Präsidenten der Parlamente der UfM in Marseille, dessen Ziel die Verfolgung dieser Zielsetzung der Partnerschaft war;
3. ist der Ansicht, dass die derzeitigen demokratischen Reformen von starken und finanziell autonomen Parlamenten umgesetzt werden müssen, die angemessen mit Humanressourcen und Infrastrukturen ausgestattet sind; er ruft daher die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Angebote in Bezug auf den Austausch beispielhafter Praktiken, Partnerschaften und fachliche Unterstützung zu erweitern, um die Fähigkeiten der Parlamente in den Ländern der südlichen Mittelmeerküste im Lichte der durch gemeinsame Absprache festgestellten Bedürfnisse zu stärken;
4. erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass Anreize notwendig sind, um die umfassende Vertretung von Frauen auf den Wahllisten und in den parlamentarischen Gremien zu gewährleisten; er empfiehlt auch gezielte Aktionen, um die politischen Parteien für junge Menschen zu öffnen und damit das politische Engagement zu nutzen, das diese seit den arabischen Revolutionen bewiesen haben; ersucht die Staaten, die Organisation und Unterstützung politischer Schulungen zu erleichtern; ist der Ansicht, dass nur die dauerhafte Einsetzung demokratischer Regime im Mittelmeerraum es ermöglichen wird, das volle Potenzial der UfM zur Umsetzung von Projekten zugunsten der Bürger zu nutzen; ist der Auffassung, dass bis dahin die geprüften Projekte der UfM trotz der von der Finanzkrise auferlegten Zwänge unverzüglich umgesetzt werden sollten;
5. betont, wie wichtig es ist, den Ländern, die einen demokratischen Wandel erleben, politische und wirtschaftliche Unterstützung zu leisten; erinnert in diesem Zusammenhang die Regierungen an ihre auf dem UfM-Gipfel 2008 und im Rahmen der Partnerschaft von Deauville 2011 eingegangenen Verpflichtungen; er ermutigt sie, innovative Finanzierungsquellen zu finden, die eine schnelle Umsetzung dieser Projekte ermöglichen würden; erinnert an den politischen Wert der Rückführung der Vermögenswerte in die Länder des arabischen Frühlings im Übergang für die Beziehungen der EU zu den Partnerländern des südlichen Mittelmeerraums auch über dessen wirtschaftliche Bedeutung hinaus und ruft die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Anstrengungen zur Rückführung der durch die ehemaligen Diktatoren und ihre Verbündeten in Ägypten, Libyen und Tunesien unterschlagenen Vermögenswerte zu verstärken;

6. ist sich der Tatsache bewusst, dass der Fortbestand von Konflikten zwischen einigen Länder in der Region ein erhebliches politisches Hindernis für die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum darstellt; er ist dennoch der Ansicht, dass die sektorspezifischen Projekte der UfM, wie der Solarplan für das Mittelmeer, die Bekämpfung der Verschmutzung des Mittelmeers oder die Arbeitsplatzinitiative für das Mittelmeer (MED 4 Jobs) trotz dieser Konflikte fortgeführt werden können und sollten; er unterstützt einen Ansatz mit variabler Geometrie, um unbeschadet des Rahmens der UfM Partner bei diesen Projekten zusammenzubringen;
7. ist zutiefst davon überzeugt, dass Frieden im Nahen Osten dringender denn je benötigt wird, um Radikalismus, Extremismus und Gewalt zu vermeiden; er ruft daher zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Arabern und Israelis auf; um dieses Ziel zu erreichen, muss der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete, dem Bau neuer Siedlungen, allen feindlichen Angriffen durch beide Seiten, einschließlich der Raketenangriffe auf Israel und der Luftangriffe durch Israel, ein Ende bereitet werden, die palästinensischen Gefangenen müssen freigelassen und ein souveräner, lebensfähiger und territorial zusammenhängender Staat Palästina gemäß den maßgeblichen UN-Resolutionen auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt zweier in Frieden und Sicherheit lebender Staaten geschaffen werden;
8. ist besorgt angesichts der Auswirkungen der syrischen Flüchtlingskrise auf die Nachbarländer; bekräftigt erneut die Notwendigkeit, Jordanien auf allen Ebenen zu unterstützen, um es in die Lage zu versetzen, seine humanitäre Rolle im Hinblick auf die syrischen Flüchtlingen in seinem Staatsgebiet effektiv wahrzunehmen.

Ausschussaktivitäten 2012-2013

Der Ausschuss kam viermal – am 31. Mai und am 3. Oktober 2012 sowie am 24. Januar und am 11. April 2013 – zu Sitzungen in Brüssel zusammen, deren vorrangiges Thema die Unterstützung für die Gesellschaften und Parlamente von Ländern, in denen ein demokratischer Wandel stattfindet, war.

Er untersuchte zuerst die Lage der Parlamente und politischen Parteien im südlichen Mittelmeerraum, um ihre Bedürfnisse sowie eventuelle Strategien und Aussichten für eine Zusammenarbeit besser zu verstehen. Anschließend bestimmte er mögliche Synergien in Bezug auf die Unterstützung der Gesellschaften und Parlamente von Ländern, in denen ein demokratischer Wandel stattfindet, mit institutionellen Partnern wie dem Europarat, dem UNDP und der Anna-Lindh-Stiftung und konzentrierte sich dabei insbesondere auf die Unterstützung weiblicher Abgeordneter.

Diese Arbeit führte zu drei Projekten:

1. Gezielte Ausbildung für weibliche Abgeordnete aus dem Maghreb vom 21.-24. Januar 2013, organisiert vom Europäischen Parlament in Brüssel;
2. ein Seminar für weibliche arabische Abgeordnete in Zusammenarbeit mit dem UNDP im Juni 2013 im Europäischen Parlament in Brüssel;
3. Gründung eines Forums für junge Führungspolitiker aus dem Maghreb für die Dauer des Jahres 2013 durch das Europäische Parlament in Ergänzung des Seminars für junge europäische, israelische und palästinensische Führungspolitiker, das seit 2008 jährlich im Europäischen Parlament stattfindet.

Mithilfe dieser Projekte möchte der Ausschuss ähnliche Initiativen in den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten anregen.

Andere Schwerpunkte der Arbeit des Ausschusses betrafen:

- die Überwachung von UfM-Projekten in Zusammenarbeit mit dem UfM-Sekretariat in Barcelona,
- Überwachung der im Gang befindlichen Reformen in den Ländern, die einen demokratischen Wandel erleben, sowie insbesondere des Verfassungsprozesses in Tunesien;
- Überwachung der Entwicklung der Lage in Syrien;
- Überwachung der Lage im Nahen Osten nach der Zulassung Palästinas als Nichtmitgliedsland mit Beobachterstatus bei den VN;
- Erkundung von Möglichkeiten zur Förderung der regionalen Integration im Maghreb.

EMPFEHLUNG**des Ausschusses für Wirtschafts- und Finanzfragen, soziale Angelegenheiten und Bildung
über****die Entwicklung von Unternehmens- und Investitionsmöglichkeiten im Mittelmeerraum, die Verbesserung der Unternehmensmobilität zwischen den Ländern der UfM-PV, die Schaffung eines Finanzinstruments für den euromediterranen Raum**

Der Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzfragen, soziale Angelegenheiten und Bildung der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum

1. betont die Notwendigkeit, die sich bietenden neuen Chancen für die Definition eines neuen Wirtschaftsmodells auf der Grundlage eines angemessenen Anteils am Mehrwert nach den Bewegungen für eine Demokratisierung des Mittelmeerraums zu nutzen, die Reformen und die Anstrengungen zur Konsolidierung der staatlichen Finanzen voranzutreiben, das Investitionsumfeld zu verbessern und gemeinsame Wirtschafts- und Industrieprojekte in der Region zu fördern, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, eine nachhaltige Entwicklung im südlichen Mittelmeerraum zu gewährleisten, und zur wirtschaftlichen Erholung der EU-Mitgliedstaaten beizutragen, um den Weg für die Schaffung eines euromediterranen Raums der Sicherheit, der Stabilität und des Wohlstands zu ebnen und die derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und territorialen Herausforderungen anzugehen;
2. unterstreicht die Notwendigkeit, eine harmonische und ausgewogene Zunahme des Handels zwischen den UfM-Ländern durch die Beschleunigung einer Süd-Süd-Integration einerseits und einer Nord-Nord-Integration andererseits sowie wechselseitige Zusammenarbeit zur Schaffung eines förderlichen und glaubwürdigen rechtlichen und institutionellen Rahmens für Unternehmen auf der Grundlage von Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und gegenseitiger Anerkennung der Rechte und Pflichten zu fördern und die Verwaltungs-, Rechts- und Regelungssysteme flächendeckend stärker anzugleichen, da dies von entscheidender Bedeutung ist, um Unternehmen zu schaffen und Investitionen von anderen Unternehmen und von Banken zu erhöhen;
3. ruft die Mitgliedstaaten der UfM und die internationalen Institutionen auf, die Voraussetzungen für die Schaffung eines Gebiets des Friedens, der Demokratie, der Stabilität, des gemeinsamen Dialogs und der guten Regierungsführung unter allen beteiligten Akteuren (Regierungen, Gewerkschaften, öffentliche und private Arbeitgeber, Handelskammern, Frauen- und Jugendverbänden usw.) zu gewährleisten, um über demokratische wirtschaftliche und soziale Reformen ein positives, geeignetes wirtschaftliches und soziales Umfeld zu entwickeln und mehr wirtschaftlichen und sozialen Austausch und eine verstärkte Mobilität von Personen zwischen den Mitgliedstaaten der UfM zu fördern;
4. ersucht die Regierungen, die Einführung von Berufs-, Fach- und Eliteausbildungssystemen von höchster Qualität zu fördern, wodurch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden können, die mit einer wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Entwicklung einhergehen;
5. erkennt an, dass einer der Pfeiler der Wirtschaft im Mittelmeerraum unter anderem der Kulturtourismus ist und weist daher darauf hin, dass Europa diese Aspekte seiner Wirtschaft unterstützen sollte, einschließlich städtischer Erneuerung, Wiederherstellung und Stadtmanagement;
6. fordert die Mitgliedstaaten der UfM auf – wenngleich sie Wettbewerb um Arbeitsplätze und die Abwanderung hochqualifizierter Fach- und Führungskräfte ablehnt –, die Verfahren zur Erteilung von Visa im Allgemeinen und im Besonderen, was Visa für Unternehmer, Studenten, Lehrer, Experten, Touristen, Forscher, Künstler und andere Bürger sowie für die Besitzer von Diplomaten- und Dienstpässen zu erleichtern, um die enormen Defizite zu verringern, die derzeit die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Mobilität und den Austausch im Mittelmeerraum beeinträchtigen; sie betont daher, dass es notwendig ist, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen nationalen Behörden zu verstärken, um die Verfahren zur Visaerteilung unter Berücksichtigung des Sicherheitskontexts zu erleichtern;
7. begrüßt die Erweiterung des Mandats der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) auf den südlichen Mittelmeerraum, die die Mittelserhöhung der EBWE zur Finanzierung ihrer Aktivitäten im Mittelmeerraum ergänzt, und schätzt die von der Bank erzielten Fortschritte bei der Aufnahme der Arbeit in der Region sowie der Entwicklung eines außeretatmäßigen Mechanismus für die Projektfinanzierung für den Mittelmeerraum vorbehaltlich der erforderlichen Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten, damit die EBWE in der Region in vollem Umfang arbeitsfähig werden kann; sie unterstreicht, dass es notwendig ist, sich auf

- Aktivitäten und Projekte mit erheblicher Hebelwirkung in eindeutig identifizierten strategischen und prioritären Bereichen in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Union für das Mittelmeer zu konzentrieren;
8. fordert die zahlreichen europäischen Banken und Institutionen, die im und um das Mittelmeer herum sowie insbesondere im südlichen Mittelmeerraum investieren, auf, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, die als Referenzrahmen für derzeitige und zukünftige Investitionsinitiativen dienen sollte; sie weist darauf hin, dass die Festlegung gemeinsamer Ziele und vereinter Anstrengungen für eine rationalere und effizientere Nutzung von Finanzen und Mitteln positive soziale Auswirkungen haben würde;
 9. ruft zur Schaffung eines Sonderfinanzinstruments für die Region auf, um koordinierter und rascher auf die Bedürfnisse der Mittelmeerländer zu reagieren und zum derzeitigen Wandel und Demokratisierungsprozess beizutragen; er empfiehlt, dass sich ein derartiges Instrument auf die Grundsätze der Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und die Vereinfachung der Finanzierungsbestimmungen und -verfahren stützen sollte, wie es bei der Gründung der EBWE bei den osteuropäischen Ländern der Fall war; er rät, Lehren aus den Erfahrungen mit der Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP) – die von der Europäischen Investitionsbank verlängert wurde – sowie der EBWE im Hinblick auf ihr neues Mandat in Bezug auf eine Teilnahme an UfM-Projekten zu ziehen und von beispielhaften Praktiken zu lernen;
 10. begrüßt die gemeinsam von der EU und der Türkei finanzierte ‚Global Business Bridges Initiative‘, die darauf abzielt, trilaterale gemeinsame Investitionsinitiativen in den südlichen Mittelmeerländern (insbesondere Ägypten, Tunesien und Palästina) zu fördern; er ruft alle Mitgliedstaaten der UfM auf, derartige gemeinsame Investitionsinitiativen zu entwickeln und sich daran zu beteiligen; er bekräftigt erneut seine Unterstützung für bestehende Initiativen, die sich im Hinblick auf die Schaffung von Netzen und den Austausch beispielhafter Praktiken zwischen Unternehmen, Berufsverbänden und Gewerkschaften sowie die Identifizierung und Sicherung von Investitionen als effektiv erwiesen haben;
 11. ist der Ansicht, dass es für die Gewährleistung eines nachhaltigen und inklusiven wirtschaftlichen und sozialen Wachstums, das die Schaffung der Voraussetzungen für eine echte Wirtschaftsintegration zwischen den beiden Seiten des Mittelmeerraums ermöglicht, von entscheidender Bedeutung ist, das soziale Unternehmertum zu fördern und eine substantielle Finanzierungslinie für Mikrokredite zu ermöglichen, gemeinsame industrielle Strategien zu formulieren und ehrgeizige Ausbildungs- und Bildungsprogramme zur Verringerung des Unwissens im Hinblick auf das Bankwesen in der gesamten Gesellschaft anzubieten, vor allem für junge Menschen und Frauen; da diese Bildungsprogramme von wesentlicher Bedeutung zur Verbesserung der Sichtbarkeit von Finanzierungsmöglichkeiten, als Anreiz für die Gründung von Unternehmen (insbesondere KMU) und die Entwicklung von Projekten in innovativen Industrien sind; er lenkt die Aufmerksamkeit insbesondere auf die Möglichkeiten, die sich aus einer dezentralen Zusammenarbeit ergeben, die die kommunalen Behörden auf beiden Seiten des Mittelmeers zusammenbringt und Wachstum, Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen beschleunigt, und ermutigt derartige Initiativen.

Aktivitätsbericht 2012-2013

Im Arbeitszeitraum 2012-2013 veranstaltete der Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzfragen, soziale Angelegenheiten und Bildung drei Sitzungen: am 5. und 6. November 2012 in Abant (Türkei), am 25. Januar 2013 in Rom (Italien) und am 11. April 2013 in Brüssel. Am 20. Februar 2013 fand in Brüssel ebenfalls eine gemeinsame Sitzung mit dem Kulturausschuss und der Arbeitsgruppe für die Euromediterrane Universität (EMUNI) statt.

In diesem Zeitraum konzentrierte sich der Ausschuss auf folgende Themen:

- Verbesserung der Unternehmens- und Investitionsmöglichkeiten im südlichen Mittelmeerraum durch die Betonung der Entwicklung der bestehenden wirtschaftlichen Instrumente (wie Assoziierungs- und Handelsabkommen) und die Bewältigung von Problemen im Unternehmensumfeld (wie unangemessene Strukturen, fehlende Glaubwürdigkeit und Vorhersehbarkeit sowie Finanzierung) sowie die Betonung von Unternehmens- und Investitionskooperationsprojekten (z. B. die gemeinsam von der EU und der Türkei finanzierte Global Business Bridges Initiative);
- Verbesserung der Unternehmensmobilität und Erleichterung der Visaverfahren für Unternehmer. Der Ausschuss schenkte den aus den schwerfälligen Visaverfahren resultierenden Problemen besondere Aufmerksamkeit, die in zahlreichen Fällen Unternehmenskontakte und –geschäfte verhinderten, wovon mehrere Unternehmer und NGOs betroffen waren;

- Untersuchung der Möglichkeit zur Schaffung eines neuen Finanzinstruments für den Mittelmeerraum, z. B. einer Euromediterrane Entwicklungsbank, insbesondere, um eine besser strukturierte und verstärkte Finanzierung für die im Übergang befindlichen südlichen UfM-Länder bereitzustellen.

EMPFEHLUNG

des Ausschusses für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften und Kultur

Interkultureller Dialog, Wissensaustausch und neue Initiativen in Bildung und Hochschulbildung im euromediterranen Raum

Der Ausschuss für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften und Kultur

1. ruft zu einem Seminar unter Beteiligung von Experten, Historikern, Sprach- und Kulturwissenschaftlern über die Besonderheit und die Komplexität der Identität des Mittelmeerraums, die durch eine lange, komplexe gemeinsame Geschichte geprägt wurde, auf, um das Potenzial des mediterranen Erbes und der mediterranen Kultur zu nutzen, die Quellen für Wachstum und Entwicklung sind, und zur Veranstaltung eines Festivals der Mittelmeerkultur, bei dem alle künstlerischen Ausdrucksformen einbezogen werden, einschließlich Bildhauerei, Kino, Literatur, Musik, Malen und Nahrungsmittel;
2. ist der Ansicht, dass das Seminar den maßgeblichen Institutionen vorschlagen könnte, eine Schule für Journalismus an der Euromediterranen Universität (EMUNI) zu gründen, die in Zusammenarbeit mit regionalen Zeitungen und Nachrichtenagenturen besondere Ausbildungskurse sowie einen Kurs über die Förderung des kulturellen Erbes zur Tourismusentwicklung anbieten könnte;
3. fordert mit Nachdruck die Gründung eines euromediterranen Fernsehsenders, der Sendungen in mehreren Sprachen übertragen würde, mit dem Ziel, die Kulturen des Mittelmeerraums breiter bekanntzumachen;
4. ruft zur Förderung des Studiums und der Kenntnis der arabischen und aller euromediterranen Sprachen im Allgemeinen auf und ruft zu diesem Zweck dazu auf, Studiengänge für Übersetzen und Dolmetschen an der Euromediterranen Universität (EMUNI), der Universität Portorož und der Universität Fez einzurichten;
5. betont die Bedeutung einer Programmfinanzierung durch die Gründer der Euromediterranen Universität (EMUNI) unter Beteiligung des Sekretariats der Union für den Mittelmeerraum, um Forschungs- und Studienprogramme wirksam zu fördern, insbesondere im kulturellen und sprachlichen Bereich;
6. ruft zur Einrichtung von Promotionsstudiengängen im audiovisuellen Bereich für junge Menschen von beiden Seiten des Mittelmeers auf der Grundlage eines Austauschs beispielhafter Praktiken zwischen den Hochschulen auf;
7. ruft zu größeren Synergien auf der Grundlage und im Rahmen der Euromediterranen Universität durch die private Finanzierung und die Finanzierung von Studien- und Forschungsprojekten für Innovation und die Verbesserung des Produktionssystems auf, unter gleichzeitiger Bereitstellung von Anreizen für die Einstellung junger Absolventen, die eine Ausbildung in diesem Bereich erfolgreich abgeschlossen haben;
8. ruft die Staats- und Regierungschefs der UfM dazu auf, die Finanzierung der universitären Mobilitäts- und Austauschprogramme ‚Erasmus Mundus‘ zu erhöhen und mehr Informationen über die bestehenden Austauschprogramme zu verbreiten;
9. ersucht die Mitgliedstaaten der UfM, das Kulturschaffen als eine Kraft für Innovation, Integration und wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen;
10. ruft zu zusätzlicher struktureller und finanzieller Unterstützung für einen euromediterranen Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungsraum auf, der im Rahmen der Euromediterranen Universität bereits existiert, für eine strukturiertere Zusammenarbeit auf dem Gebiet, um die gegenseitige Anerkennung von Diplomen, die Schaffung gemeinsamer Abschlüsse und Postgraduiertenprogramme zu fördern, insbesondere zur Verbesserung der Mobilität von Forschern und der Verstärkung des Kulturaustauschs für Studenten und junge Menschen sowie der grenzübergreifenden Freiwilligenarbeit, flankiert von Maßnahmen zur Bekämpfung der Abwanderung von Wissenschaftlern;

11. ruft zu einer Erweiterung der Inhalte über das kulturelle Erbe der digitalen Bibliothek auf, die im Sekretariat der UfM-PV geschaffen werden soll und zu der alle Mitgliedstaaten Texte hinzufügen können;
12. wünscht im Rahmen des Kulturaustauschs zwischen den Ländern des Mittelmeers und der Förderung der Mittelmeerkultur die Schaffung echter Partnerschaften auf dem Gebiet des Kinos und im audiovisuellen Bereich zur Verbesserung des Wissens über die verschiedenen Kulturen im Mittelmeerraum und die Besonderheit einer jeden;
13. ist der Ansicht, dass das kulturelle Erbe, einschließlich der Medinas, des städtischen Erbes, der Denkmäler und archäologischen Elemente, eine wesentliche Ressource für den internationalen Tourismus und eine wichtige Quelle für Wohlstand und Beschäftigung im Mittelmeerraum ist; daher sollte eine Koordinierungsstrategie in vielen für jedes Land maßgeschneiderten Programmen erlaubt sein;
14. begrüßt die Initiative des Bruno-Kreisky-Forums für den internationalen Dialog zur Schaffung einer Euro-mediterranen Akademie (EMA) und eines EMA-Forschungsstipendiaten-Programms.*

Bericht über die Ausschussaktivitäten:

Der Ausschuss für die Verbesserung der Lebensqualität, den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften und Kultur kam am 12. Oktober 2012 in Rom zusammen und veranstaltete gemeinsam mit der Arbeitsgruppe für die euromediterrane Universität (EMUNI) und dem Ausschuss für Wirtschafts- und Finanzfragen, und soziale Angelegenheiten und Bildung am 20. Februar 2013 in Brüssel eine Sitzung. Die Arbeit führte zu einer Reihe konkreter Vorschläge zur Verbesserung des Austauschs und des gegenseitigen Verständnisses, die die wirtschaftliche Entwicklung in der Region anregen könnten. Die Arbeit des Ausschusses konzentrierte sich insbesondere auf folgende Themen:

- Verlage, Film und Medien: Kultur als Anreiz für Wachstum;
- Die Förderung von Sprachkenntnissen als Instrument der Integration zwischen den Kulturen;
- eine Charta der euromediterranen Werte.

EMPFEHLUNG

vorgelegt im Namen des

Ausschusses für die Rechte der Frauen in den Mittelmeeranrainerstaaten

von der Vorsitzenden Samira MERAI-FRIAA (Tunesien)

betreffend

„Die Rolle der Frau in den neuen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen“

Der Ausschuss für die Rechte der Frau in den Mittelmeeranrainerstaaten

1. fordert die Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum (UfM) nachdrücklich auf, Verfassungsreformen vorzunehmen, um den Grundsatz der vollen Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu festigen, rasche Verbesserungen in Bezug auf die gleiche Vertretung von Männern und Frauen in gewählten Institutionen vorzunehmen, Gesetze zu revidieren, um ein mit dem Geist dieses Grundsatzes in Einklang stehendes Wahlsystem zu schaffen, und die Gesetze über politische Parteien und Gewerkschaften zu überprüfen, um den Grundsatz der Chancengleichheit von Frauen und Männern in ihren Leitungsorganen zu verankern;
2. erkennt die Rolle der politischen Parteien, der Berufsverbände und nichtstaatlichen Organisationen als Schlüsselemente bei der Förderung der politischen Rechte der Frauen an und fordert sie daher auf, Wahlkandidaten auf der Grundlage ihrer Sachkenntnis und Integrität unter Wahrung des Paritätsgrundsatzes auszuwählen und die Stärkung und Förderung der Frauen in den politischen Parteien zu gewährleisten;
3. hält es für geboten, bei den wichtigsten Entscheidungspositionen auf Regierungsebene und parlamentarischer Ebene sowie in Großunternehmen und Wirtschaftsinstitutionen Parität anzustreben durch die schrittweise Anwendung des Quotensystems oder anderer Fördermaßnahmen in Parlamenten, politischen Parteien

* Malika Benarab-Attou äußerte einen Vorbehalt hinsichtlich dieses Absatzes.

- und Kommunalverwaltungen und durch die Verhängung rechtlicher und finanzieller Sanktionen bei Nichtbefolgung, die sich bei der Herbeiführung von Parität in der Politik als am wirksamsten erwiesen haben;
4. fordert die Schaffung von ‚Frauenplattformen‘ in nationalen Parlamenten, deren Ziel es wäre, das Bewusstsein und die Teilhabe von Frauen an der Politik sowie den geschlechterspezifischen Aspekt in Politik und Gesetzgebung zu fördern;
 5. ruft dazu auf, in nationalen und kommunalen Institutionen in den Mittelmeeranrainerstaaten ein System der Ko-Präsidentschaft von Frauen und Männern einzuführen, um die Außenwahrnehmung von Frauen und die Führungskompetenzen von Frauen in der Politik zu stärken;
 6. fordert die Schaffung einer Frauenlobby der Mittelmeeranrainerstaaten (in Anlehnung an das Beispiel der Europäischen Frauenlobby), die sich zusammensetzt aus Mitgliedern des Ausschusses für die Rechte der Frau der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, die parallel zu den Aktivitäten des Ausschusses tätig würde, um im Hinblick auf die Förderung der Stellung der Frau Druck auf die Union und ihre Institutionen sowie auf die Regierungen der Mitgliedsländer auszuüben; der Ausschuss schlägt darüber hinaus vor, eine Webseite für die Interaktion zwischen den Mitgliedern der Lobby und für den Gedanken- und Erfahrungsaustausch einzurichten;
 7. fordert die Schaffung eines Beobachtungszentrums der Mittelmeeranrainerstaaten für Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, das die Aufgabe hat, geschlechtsbezogene Daten zu erheben, zu analysieren und zu verbreiten, um die Situation in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter in Entscheidungspositionen in allen Sektoren (dem öffentlichen wie dem privaten Sektor) und in der Unternehmensführung auf allen Ebenen zu beobachten und eine Grundlage zu bilden, auf der bei Nichterreichung der Ziele zusätzliche Maßnahmen erarbeitet werden können;
 8. nimmt zur Kenntnis, dass die Medien und das Bildungswesen für die Förderung der Teilhabe der Frauen am politischen Leben zur Bekämpfung von Klischees und für die Reform gesellschaftlicher Einstellungen sehr wichtig sind; bittet um die Schaffung von Mechanismen für Anreize und finanzielle Unterstützung für die Bildung von Frauen; ruft zur Förderung von Mentoring, entsprechenden Schulungen und Programmen für den Austausch bewährter Verfahren unter besonderer Berücksichtigung von Frauen auf, die am Anfang ihrer Laufbahn stehen und politische Verantwortung tragen;
 9. regt an, Aufklärungskampagnen durchzuführen, um das Verständnis zu fördern, dass Frauen und Männer gleichberechtigte Partner in allen Lebensbereichen sind und alle Formen der Diskriminierung der Frau zu bekämpfen; sie ruft die nichtstaatlichen und lokalen Organisationen auf, Kampagnen zu starten, damit sich Frauen und Mädchen ihrer Rechte und der Verantwortung und der Verpflichtungen der nationalen und kommunalen Verwaltungen im Hinblick auf die Wahrung, den Schutz und die Förderung dieser Rechte bewusst werden;
 10. unterstreicht die wichtige Rolle der Parlamente und Regierungen beim Erlass von Gesetzen und der Gewährleistung ihres Vollzugs und der Sicherheit einer Bestrafung; fordert sie auf, Programme zur Bewusstseinsbildung, Information und Aufklärung über häusliche Gewalt einzuleiten und zu verstärken, insbesondere Programme, die sich an junge Menschen richten, um die körperliche und psychologische Unversehrtheit von Frauen sicherzustellen, und die Schaffung von Mechanismen anzuregen, die den Opfern Hilfe und Unterstützung gewähren, und die Gewalttäter strafrechtlich zu verfolgen; ersucht die Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum, die dies noch nicht getan haben, den internationalen Instrumenten auf dem Gebiet der Rechte von Frauen und der Bekämpfung der Gewalt und aller Formen der Diskriminierung von Frauen beizutreten, insbesondere dem VN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und der Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, bekannt unter dem Namen Istanbul-Konvention;
 11. begrüßt die Veranstaltung der Dritten Ministerkonferenz der Union für den Mittelmeerraum über die Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft am 3. und 4. Juli 2013 in Paris;
 12. begrüßt die Validierung durch die Union für den Mittelmeerraum der Projekte mit dem Titel „Junge Frauen schaffen Arbeitsplätze“, „Mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für Frauen“ und „Qualifikationen als Erfolgsvoraussetzung: Qualifikationen zur Förderung der Beschäftigung von Frauen“ und fordert deren zügige Durchführung;

13. ersucht die Regierungen, konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der im Zusammenhang mit dem Geschlecht stehenden Hindernisse zu ergreifen, die Schaffung von Netzwerken der lokalen, nationalen und internationalen Unternehmer zu fördern, Ausbildungsprogramme zu entwickeln und den Zugang zu Mikrokrediten als ein besonders wirksames Instrument zu erleichtern;
14. begrüßt den Start des Projekts „NISSA TV“, eines euromediterranen Fernsehsenders für Frauen, der die Gleichstellung im Mittelmeerraum fördern und stärken soll, dessen Geschäftssitz sich symbolisch in Tunesien und dessen Verwaltungssitz sich in Brüssel befinden wird und der in den großen Hauptstädten des euromediterranen Raums Zweigstellen besitzen wird;
15. bekundet seine Solidarität mit allen Frauen in den euromediterranen Ländern und seine Entrüstung angesichts aller Formen von Gewalt, Besetzung sowie sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit;

weist seinen Präsidenten an, diese Empfehlung an die Ko-Präsidentschaft der Union für den Mittelmeerraum, den Generalsekretär der UfM, die Liga der arabischen Staaten, den Ministerrat der Europäischen Union, die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin Catherine Ashton, die Europäische Kommission, die Parlamente und Regierungen, die der Union für den Mittelmeerraum angehören, und das Europäische Parlament weiterzuleiten.

Aktivitätsbericht 2012-2013

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen wählte das Thema „Die Rolle der Frau in den neuen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen“. Er trat zweimal zusammen: am 6. Dezember 2012 und am 24. Januar 2013.

Die erste, in Zagreb abgehaltene Sitzung wurde von Josip LEKO, dem Präsidenten des kroatischen Parlaments, eröffnet.

An dieser Sitzung nahm Cecilia ATTARD-PIROTTA, die für Soziale und Zivile Angelegenheiten zuständige Stellvertretende Generalsekretärin der Union für den Mittelmeerraum, teil.

Die zweite Sitzung wurde in Brüssel abgehalten und zwecks Erörterung des gemeinsamen Themas „Frauen in der Politik“ zusammen mit dem Ausschuss für politische Angelegenheiten, Sicherheit und Menschenrechte durchgeführt.

Da der Ausschuss auf früheren Tagungen bereits mehrere Empfehlungen abgegeben hatte, die jedoch nicht umgesetzt worden waren, hoben die Ausschussmitglieder die Notwendigkeit hervor, sich bei dieser Sitzung auf konkrete Maßnahmen zu konzentrieren.

Die Aussprachen waren inhaltsreich und produktiv. Die Ausschussmitglieder haben allgemein den Eindruck, dass die Anzahl der Frauen in politischen Entscheidungspositionen ihren Ambitionen und Hoffnungen nicht entspricht.

Sie betonten, dass Frauen in den Mittelmeeranrainerstaaten trotz der auf nationaler und regionaler Ebene unternommenen Anstrengungen nach wie vor durch zahlreiche Hürden von der Verwirklichung ihrer Grundrechte abgehalten und an der Erreichung der Parität gehindert werden, insbesondere was die politische Teilhabe angeht.

Sie hoben die Notwendigkeit hervor, Fortschritte im Hinblick auf das Konzept der „paritätischen Demokratie“ und die Einbeziehung eines geschlechtsspezifischen Ansatzes durch die verschiedenen Regierungen zu erzielen.

In ihrer Eigenschaft als Ausschussvorsitzende nahm Samira MERAI-FRIAA außerdem an der vom 22. bis 25. November 2012 veranstalteten Vorbereitungssitzung für das Zivilgesellschaftliche Forum teil, die sich mit dem Thema „Der Beitrag von Frauen zu Dialog und Wandel“ befasste, ebenso wie auch an der Tagung des Forums, die vom 4.-7. April 2013 in Marseille stattfand.

Abschließend lud die Ausschussvorsitzende anlässlich des Internationalen Tags der Frau die Ausschussvorsitzenden zu einer Begegnung am 8. März 2013 in Tunis ein, die allerdings leider verschoben werden musste, da die Mitglieder nicht abkömmlich waren.

AUSSCHUSS FÜR ENERGIE, UMWELT UND WASSER EMPFEHLUNG

zu den folgenden Themen:

- 1. Erneuerbare Energiequellen**
- 2. Öko-Städte**
- 3. Meeres-Unterwasserparks**
- 4. Die 'Let's do it'-Kampagne**

vorgelegt vom Ausschussvorsitzenden Stefan Schennach (Österreich)

Im Hinblick auf die Sitzungen des Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser am 24./25. September 2012 in Rabat, 10./11. Dezember 2012 in Berlin und 11. April 2013 in Brüssel unterbreitet der Ausschuss die nachstehenden Empfehlungen:

Betr.: Erneuerbare Energiequellen

Der Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser schlägt vor,

1. zu bekräftigen, dass die Erhaltung der Umwelt ein ständiges Anliegen für alle im Prozess der nachhaltigen Entwicklung in der Region sein muss, insbesondere, was den Schutz von Luft und Wasser, den Küstenschutz, Abfallentsorgung, biologische Vielfalt und Umwelterziehung angeht;
2. die durch die Dritte industrielle Revolution dargebotenen Chancen zu nutzen und Quellen sauberer erneuerbarer Energie zu fördern und sich so von Energieeinfuhren unabhängig zu machen;
3. erneuerbare Energiequellen zu fördern, namentlich Wind- und Solarkraft und aus den Meeren und von Abfällen gewonnene Energie sowie ebenfalls Nord-Süd-Energieverflechtungen über Projekte von gemeinsamem Interesse der Europäischen Union und des südlichen Südens zu entwickeln;
4. durch die aktivere Förderung der Nord-Süd- und der Süd-Süd-Zusammenarbeit, beispielsweise durch die Beseitigung von Hemmnissen, z.B. Zöllen und mangelnden Röhren- und Kabelsystemen, die Marktchancen besser zu nutzen;
5. den Stellenwert erneuerbarer Energiequellen als Beschäftigungsmotor (Schlüsselwort: die Erklärung von Limassol) durch grüne Technologien zu steigern, insbesondere durch die Förderung und die Finanzierung der Ausbildung von Spezialisten und von Studiengängen in diesem Bereich, etwa in der Euromediterranen Universität (EMUNI);
6. die drei der sechs wichtigen Initiativen der UfM, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erhaltung der Umwelt des Mittelmeers stehen (Beseitigung von Schadstoffen aus dem Mittelmeer, Hochgeschwindigkeitssee- und -landwege, RES) und im Rahmen der Euromediterranen Universität durchgeführt werden, besonders zu unterstützen;
7. die Bedeutung erneuerbarer Energiequellen als Faktor zur Überwindung der Krise in einer Umbruchphase wie dem Arabischen Frühling anzuerkennen. Sie können zu Wirtschaftswachstum und somit möglicherweise auch zu zukunftsfähiger Entwicklung und politischer Stabilität und Frieden in den südlichen Mittelmeerländern beitragen;
8. grüne Technologien als Mittel zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltverschmutzung in den Vordergrund zu stellen, vor allem in den Mittelmeerländern und am Mittelmeer und der Küste;
9. im Vorfeld der Tagung der Energieminister der Union für den Mittelmeerraum den Ausschussvorsitz zu den Sitzungen der Arbeitsgruppe einzuladen, um sicherzustellen, dass die Zielsetzungen des Ausschusses in die dort beschlossenen Vorhaben und Initiativen einfließen und sie mit prägen;

Betr.: Öko-Städte

Der Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser empfiehlt,

10. unter Berücksichtigung der Erfahrungen des EUROMED-Städte-Netzwerks und einer Arbeitsgruppe, die von Rima Tarabay (Libanon), der Vizepräsidentin von Bahr Loubnan, und Moez Kamoun (Tunesien) koordiniert wird und in Zusammenarbeit mit dem Projektleiter und Ausschussvorsitzenden, Stefan Schennach, tätig ist, sowie in Synergie mit der Agentur für nachhaltige mediterrane Städte und Regionen in Marseille die Entwicklung und Vernetzung von Städten zu fördern, damit diese die Herausforderungen im Energie-, Umwelt- und Wassersektor gemeinsam bewältigen können; und die Kommission und die Mitgliedstaaten der Union für das Mittelmeer dazu aufzurufen, sich finanziell an diesem Pilotprojekt zu beteiligen;
11. das Programm von den teilnehmenden Bürgermeistern (das Netzwerk umfasst zurzeit etwa 12 Städte) auf der nächsten Generalversammlung vorstellen zu lassen und das Sekretariat der Union für das Mittelmeer zu ersuchen, dieses Projekt zu validieren;

Betr.: Meeres-Unterwasserparks

Der Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser ersucht

12. um Unterstützung für die Schaffung von Meeresschutzgebieten (Unterwasser-Nationalparks) in Zusammenarbeit mit MedPan als praktischen Schritt auf dem Wege zu einer gemeinsamen Umweltstrategie für das Mittelmeer;

Betr.: die 'Let's do it'-Kampagne

Der Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser verweist

13. auf den Beschluss zur Durchführung der 'Let's do it'-Kampagne auf der Grundlage der Praxis der Länder Ost- und Mitteleuropas, der im März 2012 in Rabat verabschiedet und auch vom Generalsekretariat der Union für den Mittelmeerraum für umsetzungswürdig gehalten wurde;
14. auf die in dem Beschluss enthaltene Empfehlung, in den Mitgliedsändern der Union für den Mittelmeerraum alljährlich einen gemeinsamen 'Let's do it'-Tag zu veranstalten, um eine ordnungsgemäße Abfallwirtschaft zu fördern, etwa durch ökologische Bewusstseinsbildung auf verschiedenen Ebenen;
15. auf die ersten Gespräche, die mit nichtstaatlichen Organisationen (Horizon 2020 und EnDangered (M.E.D)) als potenzielle Kooperationspartner mit dem Ziel geführt wurden, zwischen Mittelmeerländern, Küstenstädten und -gemeinden, der Wirtschaft (vor allem der Fremdenverkehrsindustrie), den nichtstaatlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft eine gemeinsame Meeres-Umweltpolitik zu etablieren;

Abschließend schlägt der Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser vor,

16. im nächsten Jahr (2013/2014) folgende vorrangige Themen zu behandeln:
 - a) Ernährungssicherheit vor dem Hintergrund des Klimawandels und größere Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft sowie nachhaltige und erneuerbare Technologien;
 - b) das Trinkwasserproblem (vor allen in den Autonomen palästinensischen Gebieten) und die traditionellen Wasserquellen wie die Flüsse Jordan und Nil;
 - c) die Einsetzung eines Mittelmeer-Forums der nichtstaatlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft zwecks Verbesserung der Zusammenarbeit und des regelmäßigen Informationsaustauschs zu Fragen innerhalb des Aufgabenbereichs des Ausschusses, um den Austausch beispielhafter Praktiken und die Förderung und die Koordinierung von Initiativen wie den ‚Lets do it‘-Tag anzuregen;
 - d) die Notwendigkeit der Entwicklung eines transmediterranen Stromnetzes zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Energiesektor;
17. Maßnahmen zur Stärkung, Förderung und Weiterentwicklung bestehender Kooperationsbeziehungen mit anderen Organisationen (wie etwa FISP MED - Internationaler Verband für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung in Raum Mittelmeer/Schwarzes Meer), nichtstaatlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft sowie ihrer Rolle zu treffen, um umfassendere und dauerhaftere Netzwerke und Partnerschaften auf den Gebieten Umwelt, Energie und Wasser im Mittelmeerraum zu schaffen;

18. bestehende Programme und Beschlüsse anzupassen und gemeinsam mit allen Partnerländern im Mittelmeerraum durchzuführen.

